

# BACKBORD

Frühjahr/Sommer 2026

Am 31. Mai  
beim Referendum:

# NEIN ZU OLYMPIA IN HAMBURG



So kürzt Hamburg bei Bildung, Jugend und Kultur

Seite 5

Bürgergeld: Sozialpolitik mit der Abrissbirne

Seite 6

Wuchermieten: SPD und Grüne brechen Wahlversprechen

Seite 7

**Die Linke**

Fraktion Hamburg

## EDITORIAL

”

**Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,**

dass ab und an gelogen wird, kommt in der Politik durchaus vor: Statistiken werden frisiert, Zahlen weggelassen, Fakten verschwiegen. Selten aber haben wir es erlebt, dass so dreist getrickst wird wie zurzeit rund um die Olympia-Bewerbung.

Da wird behauptet, die Olympischen Spiele seien umweltfreundlich, würden Wohnungen und U-Bahn-Linien schaffen, würden die Kinder sportlicher machen und am Ende sogar Gewinn abwerfen.

Nichts davon stimmt. Wohnungen und U-Bahn-Linien sind schon lange geplant. Der Breitensport profitiert nicht von Olympia. Natürlich werden manche am Ende tatsächlich Profit machen: das Internationale Olympische Komitee (IOC) zum Beispiel und die großen Konzerne, für die die Olympia in erster Linie eine Werbeszenierung ist.

Doch alle Verluste, und die gingen bei früheren Spielen stets in die Milliarden, würden nach wie vor auf die Ausrichterstadt abgewälzt. Auf Hamburg also. Auf uns.

Zum Glück haben wir die Möglichkeit – auch das ist selten in der Politik – das alles zu verhindern. Es genügt, beim Olympia-Referendum am 31. Mai mit NEIN zu stimmen. Aus Verantwortung für unsere Stadt.

**Herzlich, Heike Sudmann und David Stoop**

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



## OLYMPIA-BEWERBUNG

**SCHNELLER, HÖHER, TEURER**

**Der Hamburger Senat möchte unbedingt Olympia nach Hamburg holen. Und hat eine riesige Werbekampagne dafür losgetreten. Der Slogan: „Eine Chance für alle“. Aber würden die Menschen in Hamburg wirklich von Olympia profitieren?**



Computervisualisierungen und Drohnenshows sollen in Hamburg Olympia-Stimmung erzeugen – bisher mit wenig Erfolg

**F**ür SPD und Grüne sind Olympische Spiele eine Wundertüte, mit der sich viele Probleme lösen lassen: der Umbau des Hauptbahnhofs, der Bau der U5 und der S6, mehr Geld für den Sport oder neue Grünflächen.

Mit der Realität haben die Versprechen des Senats nicht viel zu tun. Studien zeigen: Olympische Spiele waren in den letzten Jahrzehnten immer deutlich teurer als geplant – jedes einzelne Mal, ohne Ausnahme. Das Problem ist strukturell. Auch andere Großprojekte überschreiten regelmäßig ihr Budget, aber bei Olympia verschärft der unverrückbare Termin der Spiele den Druck, deshalb explodieren die Kosten.

**Senat unterschlägt Milliardenkosten**

Das Finanzkonzept des Hamburger Senats ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich die Politik Olympia schönrechnet. Der Senat verspricht 100 Millionen Euro Gewinn – aber wesentliche Kosten sind gar nicht Teil der Rechnung. Zum Beispiel die Ausgaben für Sicherheit – in Paris waren das 1,7 Milliarden Euro. Oder das Olympiastadion. Das müsse laut Senat ohnehin gebaut werden als Ersatz für das Volksparkstadion. Es soll eine Multifunktionsarena nach dem Vorbild des 1,3 Milliarden Euro teuren Bernabéu-Stadions in Madrid werden. Aber niemand weiß, was der Neubau kosten und wer ihn bezahlen wird,

geschweige denn wie das Stadion nach Olympia wirtschaftlich betrieben werden kann, ohne deutlich höhere Ticketpreise für HSV-Spiele.

Völlig unklar ist auch die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung. Bisher gibt es nur eine unverbindliche Zusage. Und selbst mit Bundesmitteln droht ein dickes Minus im Hamburger Haushalt.

Wirtschaftlich bringt Olympia laut führenden Wirtschaftsforschungsinstituten praktisch keine Vorteile. Dafür führt es zu steigenden Mieten. Schon jetzt hat der Senat den Wohnungsmarkt nicht im Griff, will aber ein Event nach Hamburg holen, das die Situation verschlimmert.

Für den Umweltschutz sind Olympische Spiele ein Alptraum. Der Senat wirbt mit „klimapositiven“ Spielen – das ist aber nach Einschätzung der Umweltschutzorganisation Greenpeace bei Events dieser Größenordnung gar nicht möglich. Das Senatskonzept geht von täglich 50.000 zusätzlichen An- und Abflügen durch Olympia aus. Die Spiele in Paris 2024, wegen des Nachhaltigkeitskonzepts Vorbild für Hamburg, verursachten rund 2,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Greenpeace spricht daher von Greenwashing.

Und dann wird auch noch mit Inklusion geworben: Olympia solle Hamburg barriereärmer machen. Aber wenn es dem Senat wirklich wichtig ist, dass sich Menschen mit Behinderung uneingeschränkt in der Stadt bewegen können: Warum braucht er dann ein Großevent dafür?

# Wir sollen zahlen

Was Hamburg mit **6** eingesparten Olympia-Milliarden machen könnte

200 km Straßenbahnnetz bauen

300 Schwimmbäder bauen

800 Turnhallen bauen

29.717 SAGA-Wohnungen bauen

12 Jahre kostenloser Eintritt in alle Kinos, Museen und Clubs für alle

6 Jahre lang kostenloser HVV für alle

14 Jahre lang kostenloses Schulessen für alle Kinder in Hamburg

# Sie holen GOLD



## Große Konzerne

Olympia ist ein Fest für internationale Konzerne. Am stärksten profitieren Fluggesellschaften, Hotelketten und Baukonzerne von den Milliardenausgaben.



## Werbetreibende



Auch Allianz, Coca-Cola, Visa, Airbnb und andere große Konzerne hoffen auf gute Geschäfte. Sie sponsern Olympia mit Millionen, um es als exklusive Vermarktungsbühne nutzen zu können.



## Internationales Olympisches Komitee (IOC)

Kaum eine Sport-Institution hat ein so schlechtes Image wie das IOC. Kein Wunder: In der Vergangenheit fiel

es immer wieder durch Intransparenz, Korruption und Dopingskandale auf.

## SCHON GEWUSST?

### Fakten, die uns immer wieder verschwiegen werden

+++ **Das IOC zahlt keine Steuern:** Das lässt es sich vom Ausrichterland stets garantieren. Deutschland hat dazu sogar die Gesetze geändert (bereits 2004 vor der Leipzig-Bewerbung – noch heute in Kraft) +++ Auch für die **Vermarktungsrechte** des IOC gibt es ein **Sondergesetz** "zum Schutz des olympischen Emblems und der olympischen Bezeichnungen (**OlympSchG**)" +++ Während IOC und Sponsoren Milliarden einnehmen, erhalten die **Athlet\*innen** davon je nach Schätzung **nur etwa 4-6 Prozent** +++ Olympia bringt **keinen Mehrwert** Selbst der Senat gibt zu, dass alle versprochenen Olympia-Verbesserungen **bereits beschlossen** sind und auch **ohne Bewerbung** realisiert würden +++ Damit sie nicht im Stau stehen müssen, fahren Autos der „Olympischen Familie“ (IOC, Sponsor\*innen und Ehrengäste) stets auf eigenen Fahrspuren („**Olympic Lanes**“) durch die Stadt. Die will Hamburg angeblich vermeiden – eigene **VIP-Shuttle-Services** soll es aber auf jeden Fall geben +++ **Tickets sind teuer:** Hohe dreistellige Beträge kostete in Paris 2024 schon der Eintritt zur Eröffnung, andere attraktive Events waren sogar noch deutlich teurer. +++ Hamburg hat **schon mal Nein gesagt:** Am 29. November 2015 ließ der Senat über eine mögliche Olympia-Bewerbung abstimmen. **51,5 Prozent stimmten mit Nein** (und ersparten unserer Stadt ein Milliardendefizit) +++ Olympia hat keinen Effekt auf den Vereinssport: Wissenschaftliche Untersuchungen konnten nach Sydney (2000), Athen (2004) und London (2012) **keine nachhaltige Auswirkung auf den Breitensport** feststellen +++ **Völlig überlaufen:** Am Spitzentag erwartet der Senat laut Konzept 790.000 Besucher\*innen und Tourist\*innen in Hamburg. Täglich soll es **50.000 zusätzliche An- und Abreisen per Flugzeug geben** +++ Die Fraktion Die Linke hat in der Bürgerschaft beantragt, das Olympia-Finanzkonzept vom unabhängigen **Landesrechnungshof überprüfen** zu lassen. **Abgelehnt von SPD, Grünen und CDU** +++ Im Sportausschuss strichen SPD und Grüne die geplante **Debatte über die Olympia-Finzenzen** wieder von der Tagesordnung, im Haushaltsausschuss verweigerten sie eine Expert\*innen-Anhörung zu dem Thema +++

## GROSSPROJEKTE

# „Olympia hat Paris massiv geschadet“

Die Spiele von Paris im Jahr 2024 werden oft als positives Olympia-Beispiel genannt. Für viele Menschen dort waren sie das Gegenteil davon. Paul Alauzy war damals vor Ort

**Backbord:** Wie hast du die 17 Tage Olympia 2024 in Paris erlebt?

**Paul Alauzy:** 17 Tage? Es ging ja schon viel früher los. Schon anderthalb Jahre vorher wurden Maßnahmen beschlossen, die darauf abzielten, arme und geflüchtete Menschen zu verdrängen. Je näher die Spiele rückten, desto massiver ging die Polizei gegen obdachlose Menschen vor. Sie wurden gezwungen, ihre Zelte zu verlassen und wurden in Bussen aus der Stadt gekarrt. Ich habe deshalb angefangen, mich bei der Initiative „Die Kehrseite der Medaille“ zu engagieren. Insgesamt sind 20.000 Menschen aus der Stadt gedrängt worden.



**Backbord:** Waren nur Obdachlose davon betroffen?

**Paul Alauzy:** Viele Vermieter\*innen wollten mit Olympia das große Geschäft machen. Mietverträge

wurden gekündigt, um die Wohnungen teuer an Tourist\*innen zu vermieten. Besonders betroffen waren auch Studierende: Sie mussten ihre Wohnheime für über drei Monate räumen, um Platz für Sicherheitskräfte zu schaffen. Und in den Stadtteilen, in denen für Olympia neue Gebäude gebaut wurden, sind die Mieten deutlich gestiegen.

**Backbord:** Wie sah die Stadt während der Spiele aus?

**Paul Alauzy:** Paris hat sich angefühlt wie eine riesige Polizeikaserne. Überall gab es Absperrungen, Anwohner\*innen mussten einen QR-Code zeigen, um durchzukommen. Wenn du von außerhalb kamst und Freund\*innen im Stadtzentrum besuchen wolltest, musstest du ein Dokument ausfüllen. Besonders schwierig war es für Menschen, die keine weiße Hautfarbe hatten oder die aus den Banlieues (ärmere Vororte) kamen. Sie wurden immer wieder von der Polizei kontrolliert und in Gewahrsam genommen.

**Backbord:** Hamburg will mit Olympia Gewinn machen. Wie war das in Paris?

**Paul Alauzy:** Sie haben uns erzählt, dass Olympia kaum etwas kosten würde. Am Ende musste die öffentliche Hand mehr als 6 Milliarden Euro bezahlen. Das ist verdammt viel Geld! In jeder Stadt, wo Olympia stattfindet, wird versprochen, dass alles umweltfreundlich wird, die Menschen in der Stadt profitieren und nicht mehr Geld ausgegeben wird als geplant. Am Ende passiert genau das Gegenteil.

**Backbord:** Was ist deine Empfehlung für Hamburg?

**Paul Alauzy:** In Paris gab es keine Abstimmung über Olympia. Wir wurden nicht gefragt. In Hamburg könnt ihr entscheiden, ob Olympia kommt, deshalb nutzt eure Chance, erhebt eure Stimme und beteiligt euch am Referendum!

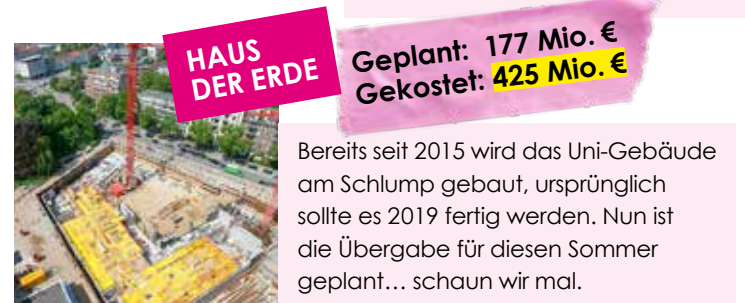
# Schafft Olympia in Hamburg den Kosten-Rekord?

Mit 100 Millionen Euro Gewinn kalkuliert der Senat bei Olympischen Spielen in Hamburg. Man muss schon sehr naiv sein, um das zu glauben



Ursprünglich sollte die Bau-ruine an den Elbbrücken komplett privat finanziert werden. Inzwischen ist klar, dass sie die Steuerkasse mindestens 600 Millionen kosten wird.

Zugegeben, der fertige Bau ist hübsch geworden. Aber eine mehr als 11-fache Kostensteigerung und 7 Jahre dauernde Verzögerung der Bauzeit: Das muss man erst mal schaffen.



Bereits seit 2015 wird das Uni-Gebäude am Schlump gebaut, ursprünglich sollte es 2019 fertig werden. Nun ist die Übergabe für diesen Sommer geplant... schau wir mal.



Fast doppelt so teuer wie veranschlagt wurde die Sanierung des Kongress-zentrums am Dammtor. Als das Gebäude 2022 fertig wurde, betrug die Verspätung drei Jahre.

...und das gilt nur für ein kleines Teilstück zwischen City Nord und Bramfeld. Auf wie viele Milliarden sich die Kostensteigerung insgesamt summieren wird, muss sich noch zeigen.

KÜRZUNGEN

# So teuer wurde Olympia...

Um durchschnittlich **176 %** steigen die Kosten bei Olympischen Sommerspielen



**...in Paris 2024:** Der französische Rechnungshof bezifferte die öffentlichen Kosten auf 6,6 Milliarden Euro. In der Bewerbung war von 2,4 Milliarden Euro die Rede gewesen.



**...in Rio de Janeiro 2016:** Ursprünglich waren 2,8 Milliarden angesetzt, am Ende kosteten die Spiele mindestens 13,1 Milliarden Dollar.



**...in Montreal 1976:** Die Kostensteigerung bei den Spielen in Kanada gilt als die höchste in der Geschichte. Um 720 Prozent wurde das ursprünglich geplante Budget übertroffen.



**...in Tokio 2021:** Bei den wegen Corona verschobenen Spielen explodierten die Kosten. Geplant waren Ausgaben von 7,3 Milliarden Dollar. Herausgekommen sind mindestens 13 Milliarden.



## Und Hamburg 2036?

# ...und schon jetzt geht Hamburg das Geld aus!

Allein die Bewerbung um die Olympischen Spiele lässt sich der Senat Millionen summen kosten. Gleichzeitig plant er massive Kürzungen bei Bildung, Jugend und Feuerwehr

### UNIVERSITÄT HAMBURG



Dass der Allgemeine Studierenden-Ausschuss (AStA) davon abrät, an der eigenen Uni zu studieren, kommt selten vor. In Hamburg ist aber genau das geschehen. Hintergrund sind die bereits laufenden Sparmaßnahmen, die das Studium an der vielfach ausgezeichneten Exzellenzuniversität dramatisch verschlechtern könnten. Bereits im vergangenen Jahr wurden die Fakultäten angewiesen, jeweils 4,5 Prozent Ausgaben einzusparen. Und das scheint nur der Anfang zu sein. Wie die „Hamburger Morgenpost“ schreibt, droht ein „harter Sparkurs“.

### POLIZEI UND FEUERWEHR



„Sparmaßnahmen bremsen Aufstiegschancen“ schrieb das „Hamburger Abendblatt“ kürzlich über die Lage bei der Feuerwehr. Der Redaktion war ein Dokument zugespielt worden, das zeigt, dass dort laut Planungen für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 Mittel gekürzt werden sollen. Als erstes traf es bereits interne Fortbildungsmaßnahmen. Ähnliches ist laut „Abendblatt“ für die Polizei zu erwarten.

### OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT



Einen regelrechten Kahlschlag plant der Senat bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dazu gehören 249 geförderte Einrichtungen in den Stadtteilen: Häuser der Jugend, Jugendclubs und vieles mehr. Noch. Denn ihnen werden jetzt 3 Millionen Euro gekürzt, hat der Senat entschieden. Wie eine Anfrage unserer Fraktion zeigt, haben 123 Einrichtungen weniger als zwei Vollzeitstellen. Hier kann nicht gespart werden – im Fall von Urlaub oder Krankheit müssen die Angebote sonst einfach schließen. Deshalb laufen die Kürzungen auf weitere Schließungen hinaus – von Jugendclubs, Bauspielplätzen, Spielhäusern und Co.

### STADTTEILKULTUR



In Harburg warnte ein Schreiben der Bezirksversammlung kürzlich davor, dass Fördermittel angesichts knapper Kassen künftig nicht erhöht oder sogar gekürzt werden könnten. Bei den Kultur- und Freizeitangeboten im Planten un Blumen konnten Kürzungen kürzlich nur abgewendet werden, weil der Bezirk Mitte einsprang. Und in Altona ist das beliebte Festival „Altonale“ in Gefahr, weil nicht genügend Geld da ist.

### SIN-MITTEL



Sozialräumliche Integrationsnetzwerke (SIN) helfen den Bezirken bei der Integration geflüchteter Kinder, Jugendlicher und Familien. Bisher wurden dafür mehr als 10 Millionen Euro bereitgestellt. Obwohl der Bedarf inzwischen auf 12,2 Millionen Euro geschätzt wird, wurde jetzt beschlossen, die Mittel um fast ein Viertel zu kürzen – auf 9,1 Millionen Euro.

## GRUNDSICHERUNG

# ABRISSBIRNE FÜR DEN SOZIALSTAAT

Wie CDU und SPD das Bürgergeld abwickeln und Bedürftigen nichts und trifft auch noch die Falschen

alle Hilfen streichen wollen - das ist herzlos, bringt

**A**rbeit muss sich wieder lohnen!“ „Der Sozialstaat wird ausgebeutet!“ So klingen Trends. In den sozialen Medien, in den Kommentaren der Zeitungen und Sender. Aus diesen Trends werden Sprüche in Talkshows. Werden Anträge auf Parteitag. Und dann werden Gesetze draus. Und ein solches Gesetz soll am 1. Juli aufräumen mit „Sozialbetrug“ und „Hängematten“: Eine „Grundsicherung“ löst dann das „Bürgergeld“ ab, das die SPD 2023 in einem kurzen Anfall von schlechtem Gewissen für die eigene Skrupellosigkeit bei „Hartz IV“ durchgedrückt hatte.

Jetzt also die „Grundsicherung“. Soll heißen: SPD und CDU holen erneut die Abrissbirne für unseren Sozialstaat raus. Mit immer härteren Sanktionen und immer neuen Drohungen – bis hin zum kompletten Streichen aller Hilfen.

Das Ziel: Weniger Leistungsberechtigte. Wenn's gut läuft, in dem die wieder Jobs finden. Wenn's gar nicht läuft, indem alle Leistungen weg sind. Bis der Verlust der Wohnung droht, die Obdachlosigkeit.

Klingt doch logisch, dass Menschen, die nicht mitmachen, auch keine Hilfe bekommen? Ist es aber nicht: Denn erstens sind ganz viele Bürger\*innen auf Leistungen angewiesen, obwohl sie sehr wohl einen Job haben: Weil der Lohn nie im Leben reicht. Weil Sie Kinder erziehen oder Angehörige pflegen. Wer Teilzeit arbeitet, kommt oft ohne Unterstützung nicht über die Runden. Und wer sich einfach nie beim Arbeitsamt zurückmeldet? Verliert nun womöglich jede Hilfe – für Essen, Wohnen, Strom, Heizung, die Miete selbst. Auch im SPD-regierten Hamburg werden bereits Leistungen runter auf Null gekürzt – das wissen wir, weil wir den Senat gefragt haben. Dabei liegen die Gründe für fehlende Kooperation oft ganz woanders: Wer sich in einer psychischen Krise befindet, unter einer Suchterkrankung leidet, keine Sprachkenntnisse hat, findet mitunter den Weg zum Amt nicht mehr. Und

gerät völlig hilflos in diese Sanktionsmühle. Kindern sollen solche Strafmaßnahmen zwar erspart bleiben. Doch wer glaubt, dass sich Eltern nach Gutdünken sanktionieren lassen, ohne dass deren Kinder unter den Folgen leiden? Wer will das beim Abendessen kontrollieren?

Fest steht: Sanktionen sind kein Allheilmittel gegen „Faulheit“, sie treffen übermäßig oft Menschen in größter Not. Weshalb sie auch nicht wirken – selbst das Bundesverfassungsgericht bezweifelt, dass man durch Sanktionen der Ausgaben Herr werden könne und warnt vor ihrer Anwendung. Warum also diese Debatte, warum ein neues Gesetz, warum die Abrissbirne fürs Soziale? Weil man Stimmung machen kann gegen Menschen, die sich schlecht zu helfen wissen. Die kaum Gehör finden – nicht in den Medien und schon gar nicht in den Parlamenten, dort also, wo über ihr Leben entschieden wird. Sehen nur die Linken so? Keineswegs! Für die Diakonie Deutschland ist die Sache mit den Sanktionen und der Grundsicherung klar: „Die im Entwurf formulierten Regelungen (...) sind menschenrechtlich problematisch und verfassungsrechtlich zweifelhaft.“



## WAS DIE LINKE FORDERT

Die aktuelle Reform der Grundsicherung lehnen wir ab.

### WAS WIRKLICH HILFT:

- ▶ **Leistungen erhöhen:** unser Ziel ist eine armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung
- ▶ **Sanktionen streichen:** niemand darf unter das schiere Existenzminimum gedrückt werden
- ▶ **Arbeitsvermittlung ausbauen:** mit personell gut ausgestatteten Jobcentern, die Menschen unterstützen, statt sie zu bedrohen
- ▶ **Rechtsanspruch auf Ausbildung & Weiterbildung:** eine Ausbildungsplatzgarantie sichert gerade auch Menschen ohne anerkannten Abschluss Chancen auf dem Arbeitsmarkt

MIETWUCHER

# UNTERLASSENE HILFELEISTUNG



Eine Anlaufstelle für Betroffene von Mietwucher versprochen SPD und Grüne im vergangenen Bürgerschaftswahlkampf. Nach über einem Jahr stellt sich heraus: Mehr als Tausend Verdachtsfälle wurden zwar gemeldet. Aber kein einziger bearbeitet



Schnelle, konkrete Hilfe für Menschen mit zu hohen Mieten versprochen Grüne, SPD und Senat auf Social Media vor der Bürgerschaftswahl 2025

den der Senat auf bis zu 12,5 Vollzeitstellen allein für vier von sieben Bezirken bezifferte. Tatsächlich mit der Arbeit beauftragt wurde aber erst einmal niemand. Monatelang häuften sich die unbearbeiteten Fälle bei den Behörden an – bis heute mindestens 1.300.

Im Januar 2026 teilte der Senat auf eine erneute schriftliche Anfrage Sudmanns mit, dass noch immer kein einziger Fall bearbeitet und niemand zur Bearbeitung eingestellt worden war. Geplant sei jetzt immerhin, eine „Taskforce“ mit sechs Stellen für ganz Hamburg zu schaffen. Gemessen an den mehr als 12, die es eigentlich werden sollten, offensichtlich viel zu wenige.

Nun stellte Die Linke einen Bürgerschafts-Antrag, der forderte, das benötigte Personal umgehend bereitzustellen und mit einer Informationskampagne auf das „Mietenmelder“-Angebot hinzuweisen. Diesen Antrag lehnten die Abgeordneten von SPD und Grünen in der Bürgerschaft nicht nur



Hier starten“ fordert in weiß auf blau die Homepage „Mietenmelder“ der Stadt Hamburg auf. Seit mehr als einem Jahr gibt es dort ganz offiziell die Möglichkeit, Fälle von überhöhten Mieten online zu melden, damit die Behörden dagegen vorgehen können. „Die Bezirksämter“, so heißt es auf der Seite, „bearbeiten Ihre Meldung schnellstmöglich.“ Tatsächlich aber passiert – bisher – gar nichts. Dabei ist der „Mietenmelder“ eigentlich eine gute Idee. Ausgedacht hatte sich das Konzept erstmals die Bundestagsgruppe der Linken im November 2024. Damals startete ihre „Mietwucher-App“, mit der man kostenlos prüfen konnte, ob die eigene Miete eventuell überhöht ist – und den Verdacht gleich an die Behörden melden.



Das Angebot war von Anfang an ein Riesenerfolg – kein Wunder bei dem völlig außer Kontrolle geratenen Wohnungsmarkt. Bis heute wurden über die „Mietwucher-App“ mehr als 1.200 Verdachtsfälle an die Hamburger Bezirksämter übermittelt. Das wollten SPD und Grüne im Bürgerschaftswahlkampf offenbar nicht auf sich sitzen lassen.

Auch sie machten sich jetzt für „Meldestellen, wo Ihr überhöhte Mieten einfach melden könnt“ (Die Grünen) stark. Im Februar 2025 ging der stadteigene „Mietenmelder“, die anfangs beschriebene Webseite, online.

Doch kaum war die Wahl vorbei, ließ der Eifer der Regierungsparteien schlagartig nach. Heraus kam das nur, weil die Linken-Abgeordnete Heike Sudmann mit ihren parlamentarischen Anfragen immer wieder nachbohrte. Unter anderem fragte sie nach dem Personalbedarf für den neuen Service,

ab. Sie stellten das ganze Konzept sogar grundsätzlich in Frage. Martina Köppen (SPD) warf der Linken sogar vor, Ängste bei den Mieter\*innen zu schüren. Für Die Linke ein klarer Fall von Wähler\*innen-Täuschung.

In Berlin hat das Amtsgericht Tiergarten derweil erstmals ein Gerichtsurteil wegen eines „Verstoßes gegen § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes“ verhängt. Das Gericht stellte fest, dass eine Immobilienfirma die zulässige Miethöhe erheblich überschritten hatte, verhängte ein Bußgeld und verfügte die Rückzahlung des zu viel gezahlten Betrags. Der Fall war über die Mietwucher-App der Linken an das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg weitergeleitet worden, das die Klage daraufhin vorantrieb. Aber das wird auch von einer Linken-Politikerin geleitet. Nicht von SPD und Grünen.

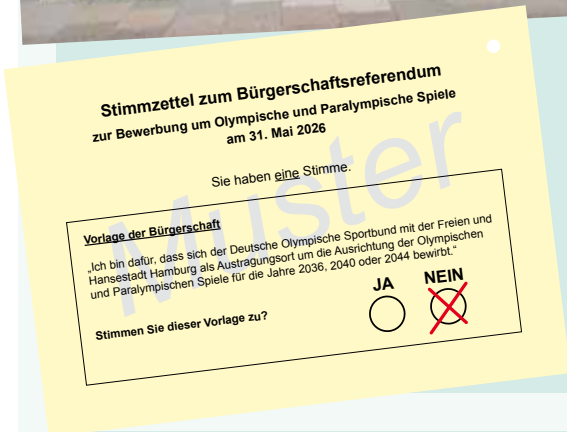


Die Idee für die Mietwucher-App kommt von der Linkspartei. Unter der Internet-Adresse [www.mietwucher.app](http://www.mietwucher.app) kann man kostenlos checken, ob die Miete eventuell übersteuert ist – und den Hinweis darauf direkt an die zuständige Behörde übermitteln

REFERENDUM

# Holt Euch den **NOlympia-Sieg!**

Um die Olympia-Bewerbung Hamburgs zu stoppen, müssen beim Referendum am 31. Mai 2026 mehr Nein- als Ja-Stimmen abgegeben werden. Teilnehmen geht am einfachsten per Briefwahl



## Wie kann man abstimmen?

Beim Olympia-Referendum ist Briefwahl und Urnenwahl möglich. Jede abstimmungsberechtigte Person hat eine Stimme. Wer Olympia in Hamburg nicht will, muss **NEIN** ankreuzen.

Die **Urnenwahl** findet am 31. Mai von 8 bis 18 Uhr in den üblichen Wahllokalen statt, in denen normalerweise auch bei Bundestags- oder Bürgerschaftswahlen gewählt wird. Anders als bei diesen Wahlen darf man beim Referendum aber nicht nur in seinem speziell zugewiesenen, sondern in jedem beliebigen Abstimmungslokal in der Stadt teilnehmen. Jemand, der in Harburg wohnt, kann also auch in Bergedorf abstimmen. Insgesamt 178 Abstimmungslokale gibt es in der ganzen Stadt.

Die Abstimmungs-Benachrichtigungen werden zwischen dem 22. April und dem 10. Mai verschickt. In dem Wahlbrief enthalten sind bereits auch die Unterlagen für die **Briefwahl**. Sie müssen also nicht extra angefordert werden und können direkt nach Erhalt ausgefüllt und in jeden beliebigen Briefkasten eingeworfen werden.

## Wer darf abstimmen?

- ▶ ab 16 Jahren
- ▶ seit mindestens drei Monaten in Hamburg gemeldet
- ▶ deutsche Staatsbürgerschaft

## Lust auf Bewegung? Mach mit! Informiert Euch im Internet und vernetzt Euch auf Social Media:

### Initiative NOlympia Hamburg:

- www.nolympia-hamburg.de
- @nolympia.hamburg
- @nolympia.hamburg
- @NOlympia\_Hamburg@norden.social

### Blog von Dirk Seifert (Aktivist)

- www.fairspielen.de

### Blog von Benjamin Bendrich (Journalist)

- www.derballluegtnicht.com

### Fraktion Die Linke

#### in der Hamburgischen Bürgerschaft

- www.linksfraktion-hamburg.de
- @linksfraktionhh
- @linksfraktionhamburg
- fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg
- linksfraktionhh.bsky.social
- @LinksfraktionHH@linke.social
- www.youtube.com/linksfraktionhamburg



## IMPRESSUM

### Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831 2250  
 E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de  
 V.i.S.d.P.: Stephan Jersch • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg  
 Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 2: Fraktionsvorsitzende, S. 4: Baustellen, S. 5: OKJA, Kultur, SIN-Mittel, S.6: Sozialstaat) | Die Linke (S. 8: Nolympia-Protest) | Heike Faust (S. 1: Titelgrafik, S. 8: Broschüre) | iStock/gearstd (S. 6: Abrissbirne) | Neuland Concerts GmbH (S. 2: Visualisierung Olympia) | Privat (S. 4: Paul Alauzy) | Senat Hamburg (S. 2: Screenshot Drohnenshow) | UHH (S. 5: Uni Hauptgebäude) | Wikimedia (S. 3: IOC-Verwaltungsgebäude)

**Die Linke**

Fraktion Hamburg